

PETER BÖCKLI

NEUE

OR-RECHNUNGSLEGUNG

Schulthess § 2014

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis und Abkürzungen	XXV
Vorbemerkung	1
<b>I. Bedeutung und Entwicklung der Rechnungslegung</b>	<b>2</b>
A. Sechsfache Funktion der Rechnungslegung in der Unternehmenswelt	2
1. Rechnungslegung als Kreuzweg des Gesellschaftsrechts	2
a) Bilanzbezogener Eigenkapitalschutz: vor allem Einschränkung des Kapitalentzugs durch die Beteiligten	2
b) Führungsinstrument	3
c) Rechenschaftsablegung	4
d) Transparenz für Anleger	4
e) Systemschutz	5
f) Bemessungsgrundlage für die Gewinnsteuern: Massgeblichkeitsprinzip	5
2. Fazit	5
B. Revisionen der OR-Rechnungslegung	6
1. Das Aktienrecht von 1991	6
2. Der versandete Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Rechnungslegung und Revision von 1998	7
a) Entstehung	7
b) Stärken und Schwächen des Vorentwurfs von 1998	7
3. Die neue OR-Rechnungslegung gemäss Gesetz vom 23. Dezember 2011	8
a) Einleitung	8
b) Gemengelage: Gemisch von punktuellen IFRS-Begriffselementen und herkömmlicher Methodik	9
c) KMU als Hauptadressaten – Zusätzliche Anforderungen für «grössere Unternehmen»	10
<b>II. Standards zur Rechnungslegung: Swiss GAAP FER, IFRS, EG-Richtlinien</b>	<b>10</b>
A. Swiss GAAP FER (Fachempfehlungen zur Rechnungslegung)	11
1. Schweizer Standards	11
2. Die Gesamtüberarbeitung der <i>Swiss GAAP FER</i> zum 1. Januar 2007	11
3. Die veröffentlichten « <i>Swiss GAAP FER</i> »	12
B. IFRS (International Financial Reporting Standards)	13
1. Bedeutung	14
2. Charakteristik der <i>IFRS</i>	14

3.	Durchsetzung der Rechnungslegungsregeln bei den börsenkotierten Gesellschaften	16
4.	Stärken der <i>IFRS</i>	16
a)	Weltweite Akzeptanz und Annäherung an die US GAAP	16
b)	Hohe inhaltliche Überzeugungskraft und verbesserte Vergleichbarkeit	17
5.	Schwächen der <i>IFRS</i>	17
a)	Ein Regelwerk für Eingeweihte	17
b)	Unablässig voranschreitende Neuerungen, Änderungen und Differenzierungen	17
c)	Probleme für die kleineren oder mittleren Unternehmen und der Lösungsansatz: «IFRS vor SMEs»	18
C.	EG-Richtlinien	18
D.	Rechnungslegung für bestimmte Wirtschaftszweige	19
<b>III.</b>	<b>Grundsätze der Rechnungslegung</b>	19
A.	Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung	20
1.	Vollständige, wahrheitsgetreue und systematische Erfassung der Geschäftsvorfälle und Sachverhalte	20
2.	Belegprinzip	21
3.	Klarheit	21
4.	Zweckmässigkeit	22
5.	Nachprüfbarkeit	22
6.	Erlaubnis der Buchführung in einer funktionalen Fremdwährung	22
7.	Erlaubnis der Verwendung von Englisch und der elektronischen Form	23
8.	Aufbewahrung der Geschäftsbücher	23
9.	Pflicht zur Edition der Geschäftsbücher (prozessrechtliche Mitwirkungspflicht)	24
B.	Zweck, Bestandteile, Währung und Grundlagen der Rechnungslegung	24
1.	Zweck der Rechnungslegung: gesetzliche Leitformel	24
2.	Bestandteile der Rechnungslegung	25
3.	Vorjahreszahlen	26
4.	Bekräftigte Inventarpflicht	26
a)	Bestandesverzeichnisse mit Art, Menge und Wert (Inventare)	26
b)	Vorräte: Das «Inventar» im engeren Sinne	26
c)	Weitere Inventare	27
5.	Erstellung und Vorlage des Geschäftsberichts	27
a)	Sechsmonatefrist	27
b)	Unterzeichnung	28
c)	Offenlegung der Jahresrechnung mit Revisionsbericht bzw. Einsichtnahme	29

6.	Grundlegende Prämissen: «Fortführung oder Liquidation»	29
	a) Fortführungswerte	29
	b) Veräußerungswerte	30
	c) Unternehmensteile	31
	d) Auswirkungen der Umstellung auf Liquidationswerte	31
	e) Begründete Besorgnis einer Überschuldung	32
7.	Zeitliche und sachliche Abgrenzung (« <i>accrual</i> » und « <i>matching of revenue and cost</i> »)	32
	a) Zeitliche Abgrenzung (« <i>accrual</i> »-Prinzip)	32
	b) Sachliche Abgrenzung (« <i>matching of revenue and cost</i> »)	33
8.	OR-Rechnungslegung in Fremdwährung	33
	a) Fremdwährungen: Kursdifferenzen und Umrechnungsdifferenzen	33
	b) Jahresabschluss in Fremdwährung	34
	c) Das neue Wahlrecht für den OR-Fremdwährungsabschluss: «für die Geschäftstätigkeit wesentliche Fremdwährung»	34
	d) Methodik	35
	e) Ergebnis	36
	f) Bilanzbezogener Eigenkapitalschutz	37
9.	Anpassung an Besonderheiten des Unternehmens	37
C.	Die Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung (GoR)	38
	1. Klarheit und Verständlichkeit	38
	2. Vollständigkeit	39
	3. Verlässlichkeit	39
	4. Wesentlichkeit	40
	5. Vorsicht: Realisations- und Imparitätsprinzip sowie Vorsicht in der Bewertung	41
	a) Vorbemerkung: Missbräuchliches Verständnis des «Vorsichts- prinzips» als Aufhänger für eine beinahe schrankenlose Stille-Reserven-Praxis	41
	b) «Vorsichtsprinzip» verstanden als Verankerung des Realisations- und Imparitätsprinzips	42
	c) Vorsichtsprinzip im engeren Sinn: Verwendung der weniger optimistischen von zwei sachlich begründeten Bewertungen	44
	d) Vorsichtsprinzip und steuerlicher Massgeblichkeitsgrundsatz	45
	e) Vorsichtsprinzip ausgedrückt im Kostenwertprinzip, Niederst- wertprinzip, Aufwertungsverbot und Wertberichtigungsgebot	45
6.	Stetigkeit in Darstellung, Bewertung und Offenlegung	47
	a) Bedeutung	47
	b) Abweichungen von der Stetigkeit	48
	c) Berichtigung von wesentlichen Fehlern des Vorjahresabschlusses	48
	d) Unstimmigkeiten des Gesetzes vom 23. Dezember 2011	48
7.	Verrechnungsverbot	49
	a) Verrechnungsverbot im engeren Sinn	49
	b) Saldierungsverbot	49

c)	Abgrenzung zu ähnlichen Vorgängen	50
d)	Ausnahmen vom Verrechnungsverbot mit Begründung im Anhang	51
e)	Voraussetzungen	51
f)	Helvetische Ausnahmen zum Verrechnungsverbot	52
8.	Inventarpflicht	53
D.	Weitere grundsätzliche Aspekte der Rechnungslegung	53
1.	Verkettung von Erfolgsrechnung und Bilanz	53
2.	Die «wirtschaftliche Betrachtungsweise» in der Rechnungslegung	54
a)	«Substance over form»	54
b)	Vertraglich bestimmte Rechtslage der Wirtschaftsteilnehmer	54
3.	Massgeblichkeitsprinzip: Handelsrechtlicher Abschluss als Bemessungsgrundlage für die Gewinnsteuer	55
a)	Grundsatz	55
b)	Inhalt	55
c)	Umgekehrte Massgeblichkeit	57
d)	Pflicht zur ordnungsgemässen Deklaration des steuerbaren Gewinns	58
e)	Die «Steuerbilanz»	59
f)	«Steuerneutralität» der neuen OR-Rechnungslegung?	59
4.	Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	60
a)	Der Bilanzstichtag und die Monate danach	60
b)	Neue Tatsache: Angaben im Anhang ohne Änderung der Abschlusszahlen	60
c)	Neues Licht auf eine alte Tatsache: Auswirkungen auf die Zahlen des Vorjahresabschlusses	61
d)	Eindeutige Fälle abschlusswirksamer nachträglicher Ereignisse	62
e)	Strittige Fälle	63
f)	Erfassung des eigenen Dividendenantrags in der Vorjahresbilanz	64
5.	Abweichungen von den GoR bei der Bildung und der Auflösung stiller Reserven	64
a)	Spannungsverhältnis zwischen GoR und stillen Reserven	64
b)	Schranken	65
6.	Abschaffung der früheren «Schutzklausel»	65
7.	Verhältnis zum betrieblichen Rechnungswesen	65
E.	Entlastende Sonderregeln für Kleinunternehmen und bestimmte Vereine und Stiftungen («Milchbüchlein-Rechnung»)	66
1.	Buchführungs- und Rechnungslegungspflicht	66
2.	Abstufungen der konkreten Anforderungen zur Rechnungslegung	67
a)	«Einnahmen/Ausgaben»-Rechnung für kleinere Personenfirmen und bestimmte Vereine oder Stiftungen	67
b)	Mikrounternehmen	67
c)	«Aufwand/Ertrag»-Rechnung für alle übrigen Unternehmen	67
3.	Probleme einer «Milchbüchlein-Rechnung»	68

<b>IV. Bilanz</b>	70
A. Zur Bilanz im Allgemeinen	70
1. Verkettung mit der Erfolgsrechnung	70
2. Stichtagsbild	70
3. Funktionen der Bilanz	70
a) Bilanzbezogener Eigenkapitalschutz in Kapitalgesellschaften	71
b) Rechenschaft über Verschuldungsgrad und Liquidität; Pufferfunktion des Eigenkapitals	71
4. Bilanzkennzahlen	72
5. Bedeutung der Bilanz als «Urkunde» im Strafrecht und im Steuerstrafrecht	73
a) Urkundenfälschung des gemeinen Strafrechts	73
b) Steuerstrafrecht	73
B. Begriffe der Bilanz	74
1. Begriffsbestimmungen im Gesetz	74
2. Aktiven	74
a) Aktivierbarkeit und Aktivierungspflicht	74
b) Elemente der Aktivierbarkeit	75
c) Bedeutung der Aktivierungspflicht	77
d) Aktivierungsverbot	78
e) Aktivierungswahlrechte	78
f) Aktivierung von Bauzinsen	79
g) Unstatthafte Kostenaktivierungen	79
3. Umlauf- und Anlagevermögen	80
4. Verbindlichkeiten	80
5. Würdigung: eine Gemengelage mit Verständnisproblemen	81
a) Punktuelle Anleihen bei <i>IFRS</i>	81
b) Methodische Bruchstellen	82
C. Gliederung der Aktiven in der Bilanz	82
1. Obligatorische Gliederung	82
a) Im Allgemeinen	82
b) Mindestgliederung der Aktiven	83
2. Einzelheiten zum Umlaufvermögen	83
a) Flüssige Mittel	83
b) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	84
c) Übrige kurzfristige Forderungen	84
d) Vorräte	84
e) Nicht fakturierte Dienstleistungen	85
f) Aktive Rechnungsabgrenzung	86
3. Anlagevermögen	86
a) Finanzanlagen	86
b) Beteiligungen	87
c) Sachanlagen	87

	d) Immaterielle Werte	87
	e) Nicht einbezahltes Aktienkapital	89
D.	Sonderfälle der Aktivierung in der Bilanz	89
	1. Erfassung von Aktiven am Bilanzstichtag zu einem «beobachtbaren Marktpreis in einem aktiven Markt»	89
	a) Grundgedanke	89
	b) Ausdehnung auf «andere Aktiven» und solche mit einem «beobachtbaren Marktpreis in einem aktiven Markt»	90
	c) Ein Wahlrecht mit Auflagen	90
	d) Steuerauslösung ohne Realisation eines Veräußerungsgewinns	91
	e) Schwankungsreserve	91
	f) Grundsatz: Keine Anwendung auf Anlagevermögen und betriebliche Vorräte	92
	g) Missbrauchsgefahr	93
	2. Forderungen gegen Nahestehende	93
	3. Bilanzverlust als unechtes Aktivum und aufgeschobene Agio-liberierung	93
	a) Aktivierter Bilanzverlust	93
	b) Aktivierte aufgeschobene Liberierungsforderungen	94
	4. Eigene Aktien als «Nichtaktiven»	94
	5. «Wertschriften»	95
	6. Geleaste Anlagen: Finanzierungsleasing versus mietähnliches Leasing	95
	a) Finanzierungsleasing	95
	b) Kriterien	95
	c) Mietähnliches Leasing	96
	7. Gründungs-, Kapitalerhöhungs- und Organisationskosten: Abschaffung des Aktivierungsrechts	96
	8. Treuhänderisch gehaltene Aktiven	97
	a) Treuhand nach Schweizer Recht	97
	b) Angelsächsische Trusts	98
E.	Gliederung der Passiven: Fremdkapital	98
	1. Mindestgliederung der Passiven	99
	2. Erläuterungen zum Fremdkapital	99
	a) Kurzfristiges Fremdkapital	99
	b) Langfristiges Fremdkapital	100
	c) Verbindlichkeiten gegenüber Nahestehenden	101
F.	Gliederung der Passiven: Eigenkapital	102
	1. Eigenkapital als Begriff	102
	2. Mindestgliederung des Eigenkapitals	102
	3. Weitergeltung der alten materiellen Gesetzesbestimmungen über die Allgemeine Reserve (und gegebenenfalls die Aufwertungsreserve) in der Übergangszeit	103
	a) Der Widerspruch – eine Übersicht	103
	b) Konsequenzen	103

4.	Neuerungen im Eigenkapital	104
a)	Begriffe Bilanzgewinn und Bilanzverlust	104
b)	Bilanzgewinn (Summe von Gewinnvortrag und Jahresgewinn)	105
c)	Abbuchung vom Eigenkapital für eigene Aktien (Minusposten zum Eigenkapital)	105
5.	Sonderfragen zum Eigenkapital	106
a)	«Mezzanine Financing»	106
b)	Nachrangige Darlehen mit verlustabsorbierender Wirkung	107
c)	Kein Ausweis über Eigenkapitalveränderungen (Eigenkapitalnachweis)	107
6.	Das Grundkapital insbesondere	107
a)	Der fixe Nennbetrag in der Bilanz	107
b)	Kapitalveränderungen	108
c)	Hälftiger Kapitalverlust	108
7.	Allgemeine gesetzliche Reserve nach OR 1991	109
a)	Obligatorische Zuweisungen zur allgemeinen gesetzlichen Reserve des Art. 671 OR 1991	109
b)	Verwendung; nur teilweise gesperrt	110
8.	Gesetzliche Reserve für eigene Aktien nach OR 1991	110
9.	Gesetzliche Aufwertungsreserve nach OR 1991	111
10.	Statutarische Reserven und freie Reserven nach OR 1991	111
G.	Sonderfragen zur Bilanz	111
1.	Reihenfolge bei der Verrechnung mit Verlusten (E-OR)	111
2.	Behandlung eigener Kapitalanteile in der Bilanz und der gesetzlichen Reserven in der Übergangszeit	112
a)	Stein des Anstosses: Die gesetzliche «Reserve für eigene Aktien» nach OR 1991	113
b)	Gesetz vom 23. Dezember 2011: Angelsächsische Methodik («Minusposten»)	113
c)	Ansatz zur Lösung des Widerspruchs	113
d)	Auswirkungen der «Abbuchungs-Methodik» auf Art. 725 OR	116
3.	Behandlung von Höherwertungen in der Bilanz	116
4.	Erfassung einer Arbeitgeber-Beitragsreserve in der Unternehmensbilanz	117
5.	Kapitalherabsetzung	118
6.	Steuerliche Kapitaleinlagereserve	118
H.	Die Bilanz nach der Mindestgliederung des OR 2011	119
1.	Das Gliederungsschema von Art. 959a OR	119
I.	<i>Annex zu Abschnitt IV: Die Neukonzeption der Reserven im E-OR</i>	120
1.	Neues Konzept der zwei gesetzlichen Reserven (E-OR)	121
2.	Neue gesetzliche Kapitalreserve (E-OR)	121
a)	Speisung der gesetzlichen Kapitalreserve	121
b)	Verwendung der künftigen gesetzlichen Kapitalreserve (E-OR)	123
c)	Herabsetzung der künftigen gesetzlichen Kapitalreserve (E-OR)	123

3.	Neue gesetzliche Gewinnreserve (E-OR)	124
a)	Obligatorische einheitliche Zuweisung zur gesetzlichen Gewinnreserve bis zum «Plafond»	124
b)	Verwendung der künftigen gesetzlichen Gewinnreserve	125
4.	Neue «freiwillige Gewinnreserven» (E-OR)	125
a)	Allgemeines zu den «freiwilligen» Reserven des Gesetzesentwurfs	125
b)	Statutarische freiwillige Gewinnreserve im Einzelnen (E-OR)	126
c)	Freiwillige «Beschlussreserven» (ausserstatutarische Reserven)	126
d)	Keine Delegation der Reservenbildung durch die Generalversammlung an den Verwaltungsrat	127
e)	Gemeinsame Bestimmungen	127
f)	Vorrang vor jeder Verfügung über den Gewinn	128
<b>V.</b>	<b>Erfolgsrechnung</b>	128
A.	Produktionserfolgsrechnung (Gesamtkostenverfahren)	128
1.	Mindestgliederung	129
2.	Erläuterungen zu Positionen der Produktionserfolgsrechnung	129
a)	Nettoerlöse aus Lieferungen und Leistungen; Erlösminderungen	129
b)	Bestandesänderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	130
c)	Nicht fakturierte Dienstleistungen	130
d)	Material-, Personal- und übriger betrieblicher Aufwand	130
e)	Abschreibungen und Wertberichtigungen im Anlagevermögen	131
f)	Finanzergebnis	132
g)	Ein Helvetismus: die verschiedenen «aussergewöhnlichen» Arten von Aufwand und Ertrag	132
h)	Direkte Steuern	133
i)	Jahresgewinn oder Jahresverlust	134
B.	Absatzerfolgsrechnung (Umsatzkostenverfahren)	134
1.	Mindestgliederung	135
2.	Erläuterungen zu den Positionen der Absatzerfolgsrechnung	136
a)	Nettoerlöse an Lieferungen und Leistungen	136
b)	Anschaffungs- oder Herstellungskosten der verkauften Produkte und Leistungen	136
c)	Verwaltungs- und Vertriebsaufwand	137
C.	Sonderfragen zur Erfolgsrechnung	138
1.	Verrechnungsverbot in der Erfolgsrechnung	138
2.	Sachbezogene Erfassung von Rückstellungsaufwand in der Erfolgsrechnung	139
3.	Fortlaufende Erfassung von Gewinnanteilen bei langfristigen Fertigungsverträgen (Percentage-of-Completion)	139
4.	Erfassung von Gewinn aus Veräusserung von Anlagevermögen (Kapitalgewinn)	140
5.	Ausnahme: Ausweis nicht realisierter Gewinne in der Erfolgsrechnung	140

6. Aktienbezogene Vergütungen (Beteiligungsrechte und Optionen auf solche Rechte) an Mitarbeiter	141
7. Stille Reserven: Verzerrung der Erfolgsdarstellung	141
<b>VI. Anhang</b>	142
A. Der neue «Vorspann» des Anhangs	142
1. Angaben über die in der Jahresrechnung angewandten Grundsätze	143
a) Detailliertere Bewertungsgrundsätze	143
b) Besonderheiten und Abweichungen von Grundsätzen	144
c) Keine überhöhten Anforderungen an den «Vorspann» des Anhangs nach OR-Rechnungslegungsrecht	144
2. Aufschlüsselungen und Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Jahresrechnung	144
3. Angaben im Anhang über die Auflösung stiller Reserven	145
a) Wesentlich günstigere Darstellung des erwirtschafteten Ergebnisses	145
b) Saldo der Veränderungsbilanz aus Auflösung und Neubildung von Willkürreserven	145
c) Schwelle der Wesentlichkeit der Ergebnisverbesserung	147
d) Praktische Schwierigkeiten mit der internen Veränderungsbilanz	148
B. Der 14-Punkte-Katalog im Anhang	148
Ziff. 1: Firma, Rechtsform und Sitz	148
Ziff. 2: Erklärung zu den Vollzeitstellen	149
Ziff. 3: Beteiligungen	149
Ziff. 4: Anzahl eigener Anteile (Bestandsangabe)	149
Ziff. 5: Erwerb und Veräußerung eigener Anteile (Bewegungsangabe)	150
Ziff. 6: Leasing-Verbindlichkeiten	151
Ziff. 7: Verbindlichkeiten gegenüber Vorsorgeeinrichtungen	153
Ziff. 8: Sicherheiten zugunsten Dritter	154
Ziff. 9: Verpfändung oder Belastung von Aktiven zur Sicherung eigener Verbindlichkeiten	156
Ziff. 10: Eventualverbindlichkeiten	156
Ziff. 11: Mitarbeiteraktien und -optionen	158
Ziff. 12: Ausserordentliche, einmalige oder periodenfremde Positionen in der Erfolgsrechnung	159
Ziff. 13: Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	159
Ziff. 14: Vorzeitiger Rücktritt der Revisionsstelle	160
Virtuelle Ziffer 15: Obligationenanleihen	160
C. Weggelassene Ziffern: Brandversicherungswert, Kapitalerhöhungen und Risikobeurteilung	161
D. Weitere obligatorische Angaben im Anhang	162
1. Anderswo vom Gesetz ausdrücklich verlangte Angaben im Anhang	162
2. Implizite Pflicht zu Angaben im Anhang	166

E.	Weitere zweckmässige Angaben im Anhang	170
1.	Weitere, im Anhangskatalog nicht geforderte Angaben	170
2.	Weitere Angaben kotierter Gesellschaften nach der Corporate Governance-Richtlinie der Schweizer Börse	171
3.	Anlagenspiegel	172
4.	Eigenkapitalnachweis	172
5.	Segmentberichterstattung	173
6.	Derivate	173
<b>VII.</b>	<b>Zusätzliche Anforderungen für «grössere Unternehmen»</b>	<b>174</b>
A.	Einführung	174
B.	Zusätzliche Angaben «grösserer Unternehmen» im Anhang	175
1.	Langfristige verzinsliche Verbindlichkeiten	175
2.	Honorare der Revisionsstelle	176
C.	Geldflussrechnung	176
1.	Die Darstellung der finanziellen Lage der Gesellschaft: Geldzu- und -abflüsse im Geschäftsjahr	176
2.	Die Geldflussrechnung als Teil der Rechnungslegung	177
a)	Darstellung nach gebräuchlichen Kriterien	177
b)	Nähere Ausgestaltung	177
c)	Direkte oder indirekte Herleitung des Geldflusses	178
3.	Beispiel: Vereinfachte Geldflussrechnung	178
4.	Vergleich mit dem EBITDA	180
5.	Vergleich mit dem Free Cash Flow	180
D.	Lagebericht	180
1.	Vom Jahresbericht zum Lagebericht	180
a)	Erweiterter Katalog der verlangten Aussagen	180
b)	Beschränkter Umfang der gesetzlichen Anforderungen an den neuen OR-Lagebericht	181
c)	Ein zusätzlicher Bestandteil des Geschäftsberichts bei grösseren Unternehmen	181
2.	Hauptzweck: Darstellung des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Lage im Lauftext	182
3.	Der Sechspunkte-Katalog im Einzelnen	183
(1)	Anzahl der Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt	183
(2)	Aufschluss über die Durchführung einer Risikobeurteilung	183
(3)	Bestellungs- und Auftragslage	185
(4)	Forschungs- und Entwicklungstätigkeit	185
(5)	Aussergewöhnliche Ereignisse	185
(6)	Zukunftsaussichten	186

4.	Schlussbemerkungen	186
a)	Keine Revision des Lageberichts, aber Durchsicht auf Widersprüche zu Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang	186
b)	Kein Bericht über durchgeführte Kapitalerhöhungen	187
E.	Dispens von den zusätzlichen Angaben und der Geldflussrechnung sowie Befreiung vom Lagebericht bei Konzernrechnung	187
F.	Publikumsgesellschaften: Angaben zu Vergütungen und Krediten an Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie zu deren Beteiligungsrechten	188
1.	Gesetz vom 7. Oktober 2005 zur Erhöhung der Transparenz im Bereich der Vergütungen	188
2.	Verschiebung dieser gesetzlichen Transparenznormen in den Vergütungsbericht	188
<b>VIII.</b>	<b>Bewertungsregeln</b>	189
A.	Die überarbeiteten Bewertungsregeln im OR 2011	189
B.	Grundsätze der Bewertung	191
1.	Kostenwertprinzip	191
a)	Kostenwert bei der Ersterfassung	191
b)	Kostenwert als Höchstansatz bei der Folgebewertung	191
2.	Niederstwertprinzip für das Umlaufvermögen ( <i>absolut</i> ) und für das Anlagevermögen ( <i>eingeschränkt</i> )	192
3.	Aufwertungsverbot (mit Ausnahmen)	192
a)	Der Grundsatz	192
b)	Ausnahmen	192
c)	Aktivierung der Herstellungskosten oder einer Investition in ein Anlagegut	193
4.	Weitergeltung des bedingten Wahlrechts zur Einzel- oder Gruppenbewertung	193
a)	Schwammige neue Vorschrift	193
b)	Umlaufvermögen	194
c)	Anlagevermögen	194
d)	Verbindlichkeiten	195
e)	Gewinnsteuerrecht	195
5.	Der Grundsatz der Vorsicht im engeren Sinn: Bewertung von Aktiven und Verbindlichkeiten	195
6.	Angebliches Verbot von Unterbewertungen	196
7.	Pflicht zur Überprüfung auf Wertbeeinträchtigung und auf zusätzlichen Rückstellungsbedarf	196
a)	Konkrete Anzeichen einer Überbewertung oder einer ungenügenden Rückstellung	196
b)	Kognitiv: Ausschau nach Anzeichen einer Wertbeeinträchtigung oder eines Rückstellungsbedarfs	197

c)	Prozedural: Überprüfung der Wertansätze oder der Rückstellungen	197
d)	Methodik der Wertermittlung	198
C.	Bewertung des Umlaufvermögens	198
1.	Vorräte	199
a)	Niederstwertprinzip: «cost or market whichever is lower»	199
b)	Begriff der Vorräte	199
c)	Anschaffungs- oder Herstellungskosten	199
d)	Ein steuerlicher Landesbrauch: das sog. «Warendrittel»	200
2.	Aktiven mit Börsenkurs oder beobachtbarem Marktpreis in einem aktiven Markt	201
D.	Bewertung des Anlagevermögens	202
1.	Anlagevermögen: Nutzungswert und eingeschränktes Niederstwertprinzip	202
2.	Bewertung von Finanzanlagen	203
a)	Begriff	203
b)	Folgebewertung	203
c)	Dauernd gehaltene Finanzanlagen mit beobachtbarem Marktpreis in einem aktiven Markt	204
3.	Bewertung von Beteiligungen	204
a)	Begriff	204
b)	Ersterfassung und Folgebewertung	205
4.	Bewertung von Sachanlagen	205
a)	Begriff	205
b)	Ersterfassung	206
c)	Planmässige Abschreibungen	206
d)	Wertberichtigungen bei unvorhergesehener Wertbeeinträchtigung	206
e)	Geleaste Anlagegüter	207
f)	Offenlegung der Bewertungs- und Abschreibungsgrundsätze im Anhang	207
5.	Bewertung immaterieller Güter	208
a)	Begriff	208
b)	Derivative immaterielle Werte	208
c)	Selbst erarbeitete immaterielle Werte	209
d)	Aktivierung selbst erarbeiteter immaterieller Werte nach OR 2011	210
e)	Fazit	212
f)	Keine Aktivierungspflicht	212
6.	Abschaffung des Aktivierungswahlrechts für Gründungs-, Kapitalerhöhungs- und Organisationskosten	212

<b>IX. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Rückstellungen</b>	213
A. Abschreibungen	213
1. Planmässige Abschreibungen im Anlagevermögen	213
a) Sprachgebrauch in der neuen OR-Rechnungslegung	213
b) Planmässige Abschreibungen	214
c) Lineare, degressive oder progressive Abschreibungen	215
2. «Wegen schlechten Geschäftsgangs unterlassene Abschreibungen»	216
3. Sofort- oder Einmalabschreibungen	216
4. Unstatthaft: Indirekte Abschreibung durch Korrekturposten in den Passiven	217
5. Wertberichtigungen auf Anlagegütern während des Abschreibungsvorganges	218
6. Anlagenspiegel	218
B. Wertberichtigungen	219
1. Begriff	219
2. Bemessung der echten Wertberichtigungen	220
a) Pflicht zur Berichtigung des Buchwertes	220
b) Wertberichtigungen im Umlaufvermögen	220
c) Wertberichtigungen im Anlagevermögen	221
d) Beteiligungen und immaterielle Werte insbesondere	221
e) Wertberichtigung wegen Transfer- oder Länderrisiken	222
3. Verbuchung der Wertberichtigungen	222
a) Erfassung in der Bilanz	222
b) Erfassung in der Erfolgsrechnung	223
c) Wertaufholung: rückgängig gemachte Wertberichtigungen	223
d) Keine Verlustvorwegnahme	224
C. Rückstellungen	224
1. Das Wesen der Rückstellungen	224
a) Begriff	224
b) Rückstellung in der Bilanz	225
c) Pflicht zur Risikobeurteilung im sorgfältigen Ermessen der Unternehmensleitung	225
2. Abgrenzung zu anderem nicht bargeldwirksamem Aufwand	226
3. Die Rückstellung nach neuem OR-Rechnungslegungsrecht	227
4. Elemente der notwendigen Rückstellungen im engeren Sinn (Art. 960e Abs. 2)	228
a) Durch ein vergangenes Ereignis bewirkte rechtliche oder faktische Verbindlichkeit	228
b) Mittelabfluss in künftigen Geschäftsjahren	229
c) Wahrscheinlichkeit des erwarteten Mittelabflusses	229
(i) Unbestimmtheit des Gesetzes	229
(ii) Ablehnung der «more-likely-than-not»-Methodik	230
(iii) Rückstellung nach Wahrscheinlichkeitsgrad	230
d) Verlässlich schätzbar	231

5. Langfristige Rückstellungen	232
6. Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	232
7. Die erlaubten weiteren Rückstellungen nach Art. 960c Abs. 3 Ziff. 1–3 (Garantien, Anlagensanierungen, Restrukturierungen)	233
a) Regelmässig anfallende Aufwendungen aus Garantieverpflichtungen	233
b) Sanierung von Sachanlagen	234
c) Restrukturierungen	235
d) Weitere vergleichbare Fälle	235
8. Besondere Arten von echten Rückstellungen	235
a) Rückstellungen für Prozessrisiken	235
b) Rückstellungen für Risiken aus Bürgschaften und Regressverhältnissen	236
c) Rückstellungen für «harte» Patronatserklärungen	236
d) Rückstellungen bei Unterdeckung der eigenen Vorsorgeeinrichtung	237
e) Rückstellungen für Steuern	237
f) Rückstellungen für Altlasten aus Umweltverschmutzung	238
g) Rückstellung für Eigenversicherung	238
h) Keine echte Rückstellung: Generalrückstellung für allgemeine Unternehmensrisiken	238
9. Das Vierstufen-System nach neuem OR-Rechnungslegungsrecht für den Umgang mit Rückstellungen	238
10. Unechte Rückstellungen	239
a) Bildung stiller Reserven durch Rückstellungen zur «Sicherung des dauernden Gedeihens des Unternehmens»	239
b) Die früheren «Wiederbeschaffungs-Rückstellungen»	240
11. Der steuerliche Begriff der Rückstellungen	241
a) Art. 63 DBG	241
b) Vom Steuergesetz zugestandene Vergünstigungen	241
12. Auflösung von Rückstellungen	242
a) Auflösung einer unnötig gewordenen Rückstellung: nicht bargeldwirksamer Ertrag	242
b) «Auflösung» einer Rückstellung zufolge zweckentsprechender Verwendung als erfolgsneutraler Vorgang	243
13. Stehenlassen unnötig gewordener Rückstellungen	243
14. Rückstellungsspiegel	244

<b>X.</b>	<b>Stille Reserven</b>	244
A.	Wirkungszusammenhänge	245
	1. Ausgangspunkt: Die herkömmliche Glorifizierung der stillen Reserven	245
	2. Das wirkliche Problem: die Verzerrung der Darstellung der Ertragslage	245
	a) Zwangsreserven	245
	b) Willkürreserven	246
	c) Sog. «Ermessensreserven»	246
	3. Umgang des revidierten OR-Rechnungslegungsrechts mit Willkürreserven	246
B.	Bildung stiller Reserven	248
	1. Unterbewertete Aktiven oder überbewertete Verbindlichkeiten	248
	2. Unzulässige Praktiken	249
	3. Kraftlose Voraussetzungen für eine Bildung stiller Willkürreserven	250
	a) Formelle Voraussetzungen	250
	b) Materielle Voraussetzungen	250
	4. Schranke gegenüber einer Verzerrung der Erfolgsrechnung durch stille Willkürreserven	251
	5. Mitteilung an die Revisoren und interne Veränderungsbilanz über die stillen Willkürreserven	251
C.	Auflösung stiller Reserven	252
	1. Das erfolgsneutrale «Wegschmelzen» stiller Reserven ohne Dazutun des Verwaltungsrates	252
	2. Schönong der Ertragslage durch willentliche Auflösung stiller Reserven	252
	a) Arten der Auflösung	252
	b) Die Frage der Bargeld-Wirksamkeit und der Aufwandverhüllung	253
	3. Rechtsfolgen einer wesentlichen Auflösung stiller Reserven	254
	a) Im Allgemeinen	254
	b) Offenlegung im Anhang	254
	4. Verwendung von Gewinn aus aufgelösten stillen Reserven für Dividendenausschüttungen	254
<b>XI.</b>	<b>Zusätzlicher Einzelabschluss nach einem anerkannten Standard zur Rechnungslegung</b>	255
A.	Grundsatz	255
B.	Obligatorischer zusätzlicher Einzelabschluss nach anerkanntem Standard	256
	1. Börsennotierte Gesellschaften ohne Konzernrechnung	257
	2. Grossgenossenschaften	257
	3. Grössere Stiftungen	257
	4. Ausnahme für grössere Vereine	258

C.	Minderheits- oder Individualrecht auf einen zusätzlichen Abschluss nach anerkanntem Standard	258
1.	Qualifizierte Minderheit einer Kapitalgesellschaft (20%), einer Genossenschaft oder eines Vereins (10%)	258
2.	Gesellschafter oder Mitglieder mit persönlicher Haftung oder Nachschusspflicht	259
3.	Verfahren	259
D.	Gemeinsame Regeln zur Anwendung eines anerkannten Standards	260
1.	Benennung und Verbot des Rosinenpickens	260
2.	Ordentliche Prüfung durch einen zugelassenen Revisionsexperten	261
3.	Wahl und Wechsel des anerkannten Standards	261
4.	Vorlage zur Kenntnissnahme an das oberste Organ; keine nachträgliche Offenlegung	262
5.	Kein Verzicht auf den OR-Einzelabschluss	262
<b>XII.</b>	<b>Konzernrechnung</b>	<b>263</b>
A.	Einführung zur Konzernrechnung	263
1.	Akzeptanz der Konzernrechnung seit 1991	263
2.	Unüberwindbarer Widerstand gegen den Zwang zu einem anerkannten Standard in nicht kotierten Gesellschaften	264
3.	Verhältnismässig bescheidene Neuerungen und Retuschen	265
4.	Stärken und Schwächen der Konzernrechnung	267
a)	Stärken	267
b)	Schwächen	267
5.	Verschiedene Arten der Konsolidierung	269
B.	Konsolidierungspflicht nach OR 2011	270
1.	Das Kontrollprinzip	270
a)	Der Unterschied	270
b)	«Control»: der beherrschende Einfluss	270
c)	Keine blossе gesetzliche «control»-Vermutung	271
d)	Der Grundsatz der Gesamtkonsolidierung	272
C.	Freistellung von der Konsolidierungspflicht für KMU, Zwischenkonzerne und bestimmte Dachholdings	273
1.	Befreiung der KMU von der Konsolidierungspflicht	273
a)	Die Begriffsbestimmung (nach konsolidierten Grössenkriterien)	273
b)	Erhebliche Nachteile einer Unternehmensleitung ohne Konzernrechnung im KMU-Bereich	274
c)	Beendigung der «KMU-Freistellung» zufolge Wachstums – und die Folgen	275
2.	Freistellung der Zwischenholdings (Zwischenkonzerne) von der Konzernrechnungspflicht	275
a)	Die Zwischenholding mit ihrem Zwischenkonzern	275
b)	Einzelfragen	276

	c) Bekanntmachung der Konzernrechnung des Oberkonzerns durch die Zwischenholding	277
	3. Freistellung von eine Dachholdingfunktion ausübenden Vereinen, Stiftungen oder Genossenschaften	277
D.	Ausnahmen von der Ausnahme: wieder auflebende Pflicht zur Zwischenkonzernrechnung	278
	1. Möglichst zuverlässige Beurteilung der wirtschaftlichen Lage	278
	2. Minderheitsrecht: Auf Verlangen einer qualifizierten Minderheit (Gesellschafter, die mindestens 20% des Grundkapitals vertreten oder 10% der Genossenschaftler oder der Vereinsmitglieder)	279
	3. Individualrecht: Auf Verlangen eines Gesellschafters oder Vereinsmitgliedes mit persönlicher Haftung oder Nachschusspflicht	280
	4. Auf Verlangen der Stiftungsaufsicht	280
E.	OR-Regeln oder anerkannter Standard für die nicht kotierten Gesellschaften	280
	1. Anforderungen	280
	a) Die vier Grundanforderungen	280
	b) Versagen des Gesetzgebers: OR-Regeln für Konzernrechnungen nicht börsenkotierter Unternehmen	281
	c) Die gesetzlichen Anforderungen an eine «OR-Konzernrechnung» im Einzelnen	281
	2. Zwingende Anwendung eines anerkannten Standards zur Rechnungslegung	283
	a) Anwendbarkeit eines anerkannten Standards von Gesetzes wegen	284
	b) Anwendung eines anerkannten Standards auf Verlangen	284
	3. Erleichterungen für den Einzelabschluss	284
F.	Vorgehen bei der Erstellung einer Konzernrechnung	285
	1. Die fünf Grundschrirte der Konsolidierung	285
	2. Kapitalkonsolidierung: Kapitalaufrechnungsdifferenz, Konsolidierungsreserve und «Acquisition»-Methode	287
G.	Bestandteile der Konzernrechnung nach OR	287
	1. Konzernbilanz	287
	2. Konzernerfolgsrechnung	289
	3. Anhang der Konzernrechnung	290
	a) Kennzeichnender Inhalt	290
	b) Einzelpunkte des Konzernanhangs nach Art. 959c	291
	4. Konzern-Geldflussrechnung	291
	5. Konzernlagebericht	292
	6. Prüfung der Konzernrechnung	292
	7. Das weitere Schicksal der Konzernrechnung nach der Genehmigung durch das Leitungs- und Verwaltungsorgan	293
	a) Die Auflage zur Einsicht	293
	b) Genehmigung der Konzernrechnung durch das oberste Organ	293
	c) Offenlegung nach der Genehmigung	293

<b>XIII. Verhältnis zum europäischen Gesellschaftsrecht</b>	294
<b>XIV. Übergangsrecht</b>	295
A. Eine typische zeitliche Abfolge für den Übergang zur neuen OR-Rechnungslegung	296
B. Zehn Leitsätze für die Umstellung auf das neue Recht	297
C. Erörterungen zum Übergangsrecht für den Einzelabschluss nach OR 2011	299
1. Erste neue Jahresrechnung (Einzelabschluss)	299
2. Geltung der alten und der neuen Regeln «en bloc»	300
3. Möglichkeiten einer vorgezogenen Anwendung des neuen Rechts	300
a) Intertemporale Rechtswahl	300
b) Kein Rosinenpicken und kein Zurück	301
4. Der erste Einzelabschluss nach neuem Recht	301
a) Kein «restatement» des Vorjahresabschlusses; alte Werte in der neuen Eröffnungsbilanz	301
b) Keine Rückwirkung auf altrechtliche Wertansätze und nach altem Recht erlaubte Aktivierungen, aber neue Gliederung	302
c) Weitere Konsequenzen der Nichtrückwirkung	303
5. Ein Sonderfall im neuen Abschluss: Allgemeine Reserve und Aufwertungsreserve	305
6. Im Bereich der Erfolgsrechnung	306
7. Interne Dokumentation der Überleitung von der alten zur neuen Rechnungslegung und Angaben im Anhang	306
a) Dokumentation	306
b) Anhang	307
D. Die erste Konzernrechnung nach neuem Recht	307
1. Konsolidierungspflicht nach neuem Recht	307
2. Befreiung von der Konsolidierungspflicht nach neuem Recht	308
3. Ende der altrechtlichen Konsolidierungspflicht	308
Stichwortverzeichnis	311